

Sächsische Zeitung

DIPPOLDISWALDER ZEITUNG

OSTERZGEBIRGE

FREITALER ZEITUNG

LINKS UND RECHTS DER WEISSERITZ

DONNERSTAG, 13. DEZEMBER 2012

Warum das Trinkwasser teurer wird

Die Weißeritzgruppe will 2016 die Preise anheben. Ein Streit könnte den Schritt beschleunigen.

VON MATTHIAS WEIGEL

Im Wasserwerk Klingenberg kommen heute die Vertreter des Trinkwasserzweckverbandes zusammen. Vor allem soll es um die Finanzen der verbandseigenen Wasserversorgung Weißeritzgruppe (WVW) für das kommende Jahr gehen. Doch die immer weiter steigende Verschuldung ruft erneut die Kritiker auf den Plan. Aber was sind die Alternativen? Bereits jetzt müssen die Kunden mit steigenden Preisen rechnen. Die SZ zeigt, wo die Ursachen liegen.

► Grund I: Der Preis deckt die Fixkosten nur ungenügend

Ein neues Preismodell ist schon länger in der Diskussion. Das Kartellamt hatte der WVW als einem der teuersten Versorger in Sachsen aber auferlegt, die Preise wenigstens bis 2016 stabil zu halten. Dann könnten laut WVW die Preise um bis zu 15 Prozent steigen – das wären über 3 Euro je Kubikmeter. 21 Jahre Preisstabilität – der jetzige Preis von 2,74 Euro gilt seit 1995 – sei laut WVW-Chef Frank Kukuczka eine beachtliche Leistung. Die in der Zeit extrem gestiegenen Kosten habe man bislang über Einsparungen abgefedert, Personal ab-

gebaut. Das Potenzial sei aber nun ausgereizt. Zugleich soll dann auch ein neues Modell eingeführt werden. Derzeit deckt der Grundpreis lediglich 20 Prozent der Fixkosten ab – tatsächlich aber wären 80 Prozent nötig. Über eine Haushaltsgebühr könnten laut den Plänen wenigstens 50 Prozent über den Grundpreis erhoben werden. Liegt der Preis jetzt zwischen 9,58 und 16,41 Euro im Monat könnten es dann um die 24 bis 41 Euro sein.

► Grund II: Die Wassersparer sorgen für sinkende Einnahmen

Erste Kunden der WVW zahlen bereits ab diesem Jahr mehr fürs Trinkwasser. Jene nämlich, die in ihren Häusern Brunnenwasser für die Toilette oder Waschmaschine nehmen. Für diese hatte der Verband ein sogenanntes Bereitstellungsentgelt von 16,20 Euro je Person und Jahr beschlossen. Die ersten Rechnungen sind laut Kukuczka verschickt. Die Ermittlung der Nutzer solcher Anlagen laufe parallel weiter. Mit dem Entgelt soll ein Ausgleich fürs Solidarprinzip geschaffen werden. Denn die Investitionen, um vor allem die Dörfer ans Netz anzuschließen, waren enorm. Zugleich sinkt aber der Verbrauch – wegen der Demografie,

aber eben auch wegen der Sparsamkeit. Mit dem Entgelt sollen die Kosten für die Bereitstellung des Netz-Anschlusses, der ja den Nutzern jederzeit als Sicherheit bei knappem Brunnenwasser zur Verfügung steht, abgebildet werden. Normale Nutzer zahlen das ja quasi ständig über den Verbrauch, den sich die Brunnennutzer aber sparen. Bislang, so Kukuczka, gebe es keine juristischen Auseinandersetzungen über die Erhebung. Allerdings: Würde ein Gericht das Entgelt kippen, würde eine Preiserhöhung wohl schneller nötig werden.

► Grund III: Räte wollen die Verschuldung abbremsen

Die Investitionen der vergangenen Jahre ins Trinkwassernetz sind gigantisch. Ursache ist vor allem das heruntergewirtschaftete Netz aus früheren Zeiten. Um eine saubere und sichere Versorgung zu gewährleisten, sieht der Verband jedes Jahr eine Erneuerungsrate von mindestens einem Prozent oder zwölf Kilometern Rohr vor. Der richtige Weg, laut Kukuczka. Rohrbrüche sanken von über tausend auf gerade mal noch um die 150 im Jahr.

Allerdings wird seit Jahren über die Finanzierungspolitik debattiert. Denn einen Großteil der Investitio-

nen deckt die WVW über Kredite ab. Geplant sind neue Kredite bis 2030. Eine Gruppe Freitaler Verbandsvertreter versucht schon länger fast im Alleingang, eine Schuldenbremse durchzusetzen. Sie befürchtet, dass die WVW irgendwann von den Verbindlichkeiten erdrückt wird, die Kommunen und kommende Generationen dafür haften und die Zeche zahlen. Ob sie damit durchkommen, ist fraglich.

Verbandschef und Freitals OB Klaus Mättig (CDU) argumentiert aber, dass den 56 Millionen Euro Schulden Anlagen im Wert von 90 Millionen entgegen stünden. Allerdings müsse noch weiter investiert werden, auch Wartung koste Geld. Ohne Kredite sei eine angemessene Investitionspolitik nur über teurere Wasserpreise möglich. Kukuczka rechnet allein mit 60 Cent je Kubikmeter weiteren Aufschlag, würde man die Schulden schneller abbauen. Mättig verweist auf den „sozialen Sprengstoff“ und die Angriffsfläche fürs Kartellamt, die man damit biete. In den letzten Jahren habe man außerdem, auch wegen der ständigen Kritik, externe Gutachter und Prüfer beauftragt. Ergebnis: viel Geld ausgegeben dafür, dass gute Unternehmensführung und Finanzstrategie bescheinigt wurden.